

ARA



Magazin

28
2022/23

www.araonline.de



**Aktiv für
den Naturschutz**



*Liebe Leserinnen und Leser,
Liebe Mitglieder und Freunde,*

Gerade erst ist ein wenig erfolgreicher Klimagipfel der Vereinten Nationen in Ägypten zu Ende gegangen, da bereiten sich die UN-Mitgliedstaaten auf ein weiteres Zusammentreffen vor. Vom 7. bis 19. Dezember findet in Montreal die 15. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP15) statt.

Hier soll ein neuer Rahmen für den Erhalt der weltweiten biologischen Vielfalt geschaffen werden. Eine große Aufgabe, denn mittlerweile sind über eine Million Arten vom Aussterben bedroht. Viele davon mögen nur einer kleinen Zahl von Menschen bekannt sein, doch jede Einzelne trägt zum Funktionieren intakter Ökosysteme bei. Und auf die sind auch wir angewiesen: Bienen und andere Insekten leisten einen unbezahlbaren Beitrag zur Befruchtung einer Vielzahl von Kulturpflanzen, Wälder speichern Wasser, sichern Berghänge und filtern unentgeltlich unsere Atemluft ...

Auf der Konferenz soll ein neuer strategischer Plan auf den Weg gebracht werden. Mit einem Globalen Rahmen für die biologische Vielfalt (Global Biodiversity Framework, GBF) sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, bis 2030 den Schutz von 30 % der Landflächen und Ozeane der Erde zu sichern. Ein solches Ziel wird als ein ähnlich symbolischer Meilenstein angesehen wie das im Pariser Abkommen enthaltene Ziel der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C.

Allerdings weisen viele Schutzgebiete eine gemischte Bilanz auf, was die Erhaltung der biologischen Vielfalt angeht. Oft werden sie in Gebieten eingerichtet, die keiner nennenswerten Bedrohung ausgesetzt sind, da sie für industrielle Land- und Viehwirtschaft wenig attraktiv sind. Oder schlimmer noch, ihr Schutzstatus wird aufgehoben, wenn Bodenschätze gefunden werden. Andere Parks bestehen nur auf dem Papier und verfügen nicht über die notwendigen Mittel, um sie vor Bedrohungen zu schützen.

Darüber hinaus gibt es noch Viele, die diese Gebiete in erster Linie vor Menschen schützen wollen, was immer wieder zu gewaltsamen Vertreibungen und anderen Menschenrechtsverletzungen führt. Dabei wird die Annahme, dass Menschen niemals in Harmonie mit der Natur leben könnten, durch eine wachsende Zahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen widerlegt. Die meisten indigenen Völker und viele lokale Gemeinschaften sind durchaus in der Lage, die Gebiete, die sie ihr Zuhause nennen, zu erhalten und wiederherzustellen, wenn ihre Nutzungs- und Verwaltungsrechte über diese Gebiete geschützt sind. Das von ARA betreute Projekt in Kenia ist ein Beispiel dafür.

Inhalt 28

Mehr Rechte, mehr Schutz - Community Conservation in Kenia	3
Lula wird Präsident - Brasilien atmet auf	6
Von Brasilien nach Paraguay - Zellstoff-Industrie auf dem Vormarsch	10

Ihr

Wolfgang Kuhlmann

Mehr Rechte, mehr Schutz

Community Conservation in Kenia

Seit mehr als einem Jahr unterstützt ARA Maasai-Gemeinden beim Schutz des Nyekweri Waldes. So soll im Randbereich von Kenias bekanntestem Reservat, der Maasai Mara, ein weiteres kommunales Schutzgebiet entstehen.

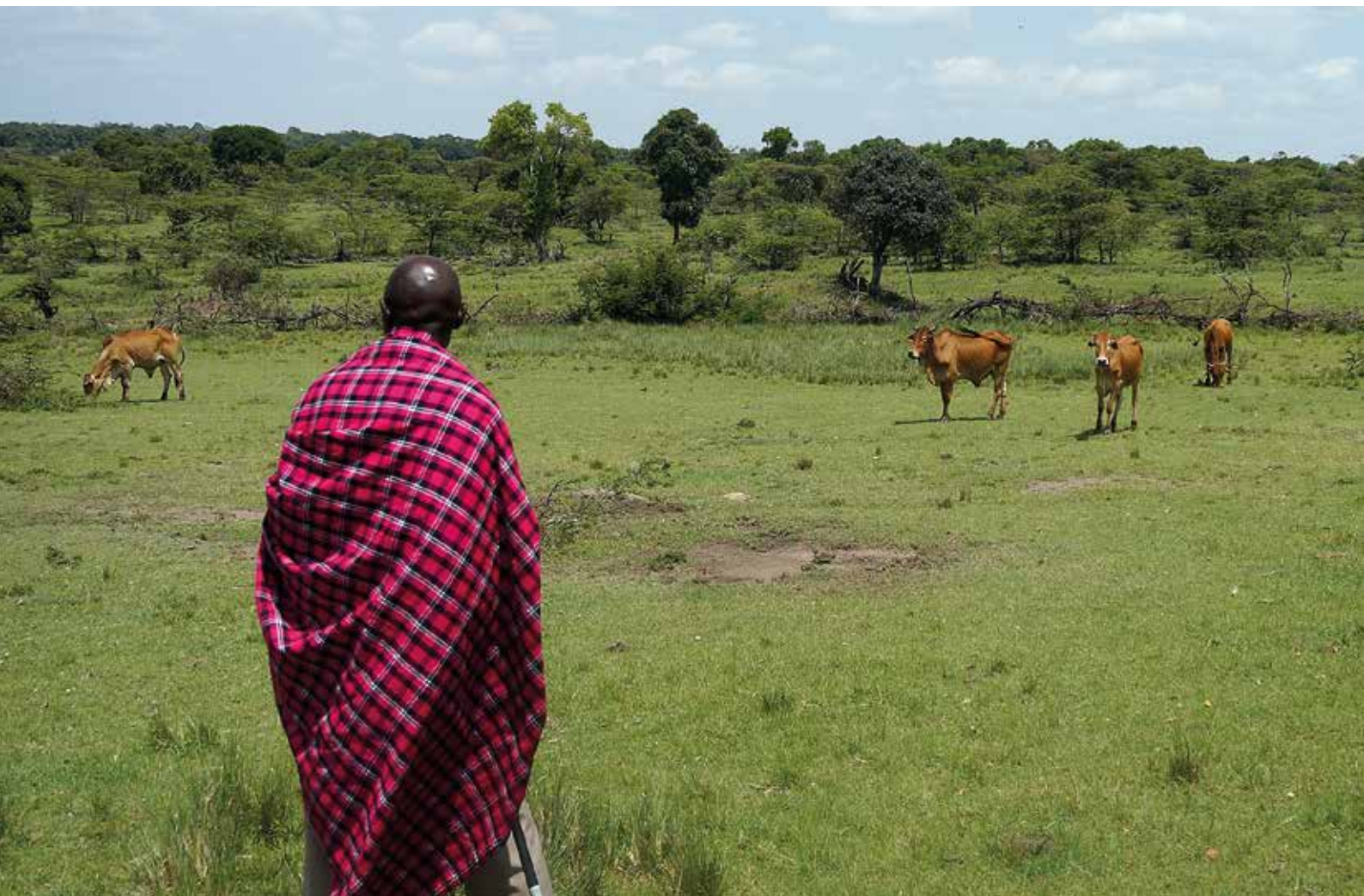
15 private und kommunale Schutzgebiete (so genannte Conservancies) gibt es bereits im Südwesten Kenias. Damit wird die Fläche des Maasai Mara Naturreservates fast verdoppelt und wichtiger Lebensraum für die Wildtiere dieser Region zur Verfügung gestellt. Demnächst wird ein weiteres hinzukommen, denn 25 Maasai Familien haben den Nyekweri Kimintet Forest Conservation Trust gegründet.

Das Interesse am Naturschutz ist über die Jahre gewachsen, nicht zuletzt durch die positiven Erfahrungen, die Nachbargemeinden mit der Beteiligung an Conservancies

gemacht haben. Dort bekommen die Landbesitzer eine jährliche Pacht, die in erster Linie aus Einnahmen aus dem Tourismus gedeckt werden. Hierfür werden Verträge zwischen den örtlichen Tourismusunternehmen und den Maasai geschlossen, die sich im Gegenzug verpflichten, einen Teil ihrer Flächen nicht mehr zu beweiden.

Aufgrund der Coronapandemie verzeichnete Kenia im Jahr 2020 einen erheblichen Rückgang der Touristenzahlen. Im Jahr 2021 hat eine Erholung eingesetzt, aber auch im Jahr 2022 lag die Zahl der ausländischen Besucher noch deut-

Viehzucht und Naturschutz müssen sich nicht ausschließen.





Das Bienenhaus hilft, die Honigernte deutlich zu steigern.

lich unter dem Niveau vor der Pandemie. Diese Entwicklung hat die Erwartungen der Massai an zukünftige Einnahmen aus dem Tourismus gedämpft und das Interesse an Alternativen wie der Verbesserung der Tierhaltung und der Honigproduktion geweckt.

Bienen helfen beim Naturschutz

Von ARAs Partnerorganisation, dem Indigenous Information Network wurden bereits über 20 eintägige Workshops durchgeführt, die im Schnitt von 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Auf besonderes Interesse sind dabei die Aktivitäten zur Verbesserung der Honigproduktion gestoßen, da fast alle Familien bereits Erfahrungen mit der Bienenzucht haben. Ein landwirtschaftlicher Ausbilder aus der nahegelegenen Kreisstadt Kilgoris konnte viele praxistaugliche Tipps geben und war auch bei der Planung und dem Bau eines Bienenhauses behilflich. Hier können mehr als 30 Bienenstöcke so aufgestellt werden, so dass sie nicht nur vor Regen und zu viel Sonne geschützt sind, sondern auch vor der Plünderung durch den Honigdachs. Für die Bienen stellt der nahe gelegene Nyekweri Wald eine reiche Futterquelle dar.

Auch die Arbeit an der gemeinschaftlichen Entwicklung eines biokulturellen Protokolls ist gut angelaufen. Gemeinsam mit Teilnehmer*innen aus der benachbarten

Oloisukut Conservancy und Nyekweri Oloirien wurde die Verbindung zwischen Kultur, Spiritualität und traditionellen Werten erörtert, sowie die Rechte, Verantwortung und Pflichten der Gemeindemitglieder diskutiert. Alle waren sich einig, dass mehr Informationen über Naturschutz- und Landrechte erforderlich sind, bevor die Gemeinschaft die Bedingungen für den Zugang zu ihrem Land, ihren Ressourcen und ihrem Wissen festlegen kann.

Ermöglicht wird diese Arbeit durch eine Förderung im Rahmen der Internationalen Klimainitiative (IKI) des Bundesumweltministeriums. Der Zuschuss wird durch Eigenmittel von ARA ergänzt.

Bitte helfen Sie uns beim Schutz des Nyekweri Waldes.

Stichwort: Maasai

**ARA Spendenkonto
DE63 4805 0161 0072 2173 00**

Frauen stärken

Besonders erfreulich ist die hohe Beteiligung von Frauen an allen Aktivitäten. Ein wichtiger Grund dafür ist die langjährige Arbeit unserer kenianischen Partnerorganisation. Das Indigenous Information Network unterstützt seit vielen Jahren zahlreiche Frauengruppen in der Region. Vor Ort bildeten sich drei neue Gruppen mit derzeit über 40 Mitgliedern.

Besonders begeistert waren sie von der Idee, neben der Versammlungshalle eine Reihe von traditionellen Häusern zu bauen, die den Frauen einen festen und sicheren Treffpunkt bieten. In Eigenleistung wurden weitgehend mit örtlichen Materialien in weniger als sechs Monaten acht Hütten gebaut. Seit das Gelände um die Frauen-Manyatta und das Versammlungshaus mit einem Zaun geschützt ist, bleiben Kühe und Schafe, aber auch wilde Tiere außen vor.

Damit ist ein Ort entstanden, an dem sich Frauen aus den verschiedenen Familien treffen und besprechen können. Hier werden Workshops zur Verbesserung der Vermarktung von traditionellem Perlenschmuck durchgeführt, und es werden Erfahrungen mit dem Einsatz neuer Feuerstellen ausgetauscht, für die weniger Brennholz benötigt wird. Dabei wird auch über den Naturschutz und die damit verbundenen Veränderungen gesprochen. Die betreffen vor allem auch die Frauen, die früher in den



fast ausschließlich von Männern besetzten traditionellen Entscheidungsgremien wenig zu sagen hatten. Durch die Aktivitäten der Frauengruppen hat sich daran bereits einiges geändert. Ihre Vertreterinnen werden mittlerweile zu allen wichtigen Versammlungen eingeladen, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen.

Damit ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere Arbeit geschaffen. Denn Natur lässt sich nur schützen, wenn die Idee von möglichst

Im Oktober 2021 haben die Frauen begonnen, ihre Häuser zu bauen.

Sechs Monate später sind sie der Mittelpunkt der Aktivitäten der Frauengruppen.



Lula wird Präsident - Brasilien atmet auf!

Der Machtwechsel in Brasilien stärkt die Demokratie. Auch Umwelt und Klima stehen wieder auf der Agenda, berichtet der langjährige Leiter des Brasilien-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, Thomas Fatheuer.

Als in der Nacht vom 30. Oktober feststand, dass Lula da Silva die Wahlen gewonnen hatte, erfasste eine Welle der Freude Brasilien. Die Menschen feierten ausgelassen und plötzlich waren die „Bolsonaristas“ erstmal verschwunden. Die Erleichterung war riesengroß – es war bis zuletzt ein dramatischer Stimmenkampf: Lula gewann mit 50,9 Prozent der gültigen Stimmen.

Auch wenn es knapp war – der Sieg von Lula ist eindeutig und historisch. Besonders ist, dass in der jüngeren Geschichte Brasiliens noch nie einem amtierenden Präsidenten die Wiederwahl misslang. Lulas breites Bündnis musste gegen einen Staatsapparat antreten, der skrupellos durch Wahlgeschenke in Form von Hilfszahlungen an die ärmere Bevölkerung deren Stimmen gewinnen wollte – und gegen

eine geradezu biblische Plage von Verleumdungen und fake news, die die sozialen Netzwerke überschwemmte. So wurde immer wieder behauptet, Lula wolle etwa Kirchen schließen. Und am Wahltag führte die Bundesverkehrspolizei zahlreiche Kontrollen durch und behinderte so Wähler*innen - insbesondere in Hochburgen der Opposition im Nordosten des Landes.

Am Tag nach der Wahlnacht machten Bolsonaro-Anhänger*innen wieder auf sich aufmerksam: Sie bezeichneten das Wahlergebnis als Fälschung, blockierten in ganz Brasilien Fernstraßen und forderten vor den Kasernen die Streitkräfte auf einzugreifen – was aber ausblieb. Am Ende der Woche war diese Form der militanten Proteste eingebrochen. Die Straßenblockaden wurden nach Anordnung des Obersten Wahlgerichtshof beseitigt, am Schluss

Begeisterung auf den Straßen von São Paulo nach dem Wahlsieg von Luiz Inacio 'Lula' da Silva.



waren die radikalen Bolsonaristas isoliert. Erst nach zwei Tagen Schweigen meldete sich Bolsonaro mit einer Pressekonferenz zu Wort, seinem Gegner hat er aber bis heute nicht gratuliert. Aber Bolsonaro hat schließlich den mit Lula da Silva gewählten Vizepräsidenten Geraldo Alckmin zum Koordinator des Teams ernannt, das den Regierungswechsel vorbereiten soll. Damit scheint nun der Sieg der Demokratie in Brasilien gefestigt, das bekräftigt auch Lula immer und immer wieder.

Endlich wird der Klimaschutz wieder angegangen

Obwohl noch nicht im Amt, setzt Lula erste wichtige Zeichen: Er fliegt am 14. November zur Klimakonferenz (COP27) nach Ägypten, zu der er von dem ägyptischen Präsidenten Al-Sisi ausdrücklich eingeladen wurde. Damit geht eine lange Zeit der Umwelt- und klimapolitischen Sabotage auf internationalen Konferenzen zu Ende. Die Wälder Amazoniens und des Cerrado hätten eine zweite Amtszeit Bolsonaros wohl kaum überlebt. Dies hätte auch die globalen Klimaziele fundamental gefährdet. Gerade in dieser Frage hat sich Lula stark profiliert und ein radikales Gegenprogramm zu Bolsonaro vertreten. Während Bolsonaro zu Invasionen in indigene Gebiete und zu illegaler Entwaldungen ermutigte, hat Lula die Reduzierung von Entwaldung und die Verteidigung der indigenen

Gebiete zu einer Priorität seiner nächsten Amtszeit erklärt. Die Ankündigungen Lulas gewinnen durch die Versöhnung mit der ehemaligen Umweltministerin Marina Silva während des Wahlkampfs an Glaubwürdigkeit. Von 2002 bis 2008 war sie bereits Umweltministerin im Kabinett Lula. In ihrer Amtszeit gelang es, die Entwaldung drastisch zu reduzieren. Sowohl als mögliche neue brasilianische Umweltministerin als auch als gewählte Abgeordnete wird sie eine Schlüsselfigur in der brasilianischen Umweltpolitik sein.

Die Regierung Lula steht vor immensen, ja schier unlösbaren Herausforderungen, das betonte vor allem die internationale Presse nach dem Wahlsieg. Das ist natürlich richtig, aber viele der Herausforderungen sind lediglich die neue Normalität in vielen Ländern dieser Welt. Ja, die neue Regierung wird gegensätzliche Interessen, die von indigenen Völkern bis zum Agrobusiness reichen, vereinbaren müssen. Aber ähnliche Herausforderung kennen auch wir in Deutschland bzw. Europa.

Keine parlamentarische Mehrheit – wie kann trotzdem regiert werden?

Seit dem Ende der Militärdiktatur verfügte kein Präsident Brasiliens über eine eigene parlamentarische Mehrheit direkt nach der Wahl. Das gilt auch für die dritte Amtszeit Lulas ab



Begeisterung auch auf der Klimakonferenz in Ägypten.



**In den Jahren der
Präsidentschaft von Jair
Bolsonaro haben die
Rodungen in Amazonien
stark zugenommen.**

2023. Aber alle bisherigen Präsidenten haben sich letztendlich mit dem Parlament geeinigt und mit der Hilfe eines heterogenen Blocks von Abgeordneten regiert, der heute Centrão genannt wird. Diese Abgeordneten eint nicht ein ideologisches Konzept, sondern der unbedingte Wille zur Regierungsbeteiligung. Die Frage ist deshalb nicht, ob die Regierung Lula parlamentarische Unterstützung organisieren kann, sondern welchen Preis sie dafür zahlen muss. Bisher hat dies über einen Mechanismus funktioniert, mit dem Abgeordnete Ergänzungen zum Haushalt einbringen können, mit denen dann Vorhaben in ihrem Wahlkreis finanziert werden. Lulas Verhandlungsgeschick sowie seine Bereitschaft auch mit umstrittenen Verbündeten zu regieren, wird von entscheidender Bedeutung sein.

Der Bolsonarismus ist gekommen um zu bleiben

Eine weitere Warnung ist allgegenwärtig. Die 49,10 Prozent der Wähler*innen, die für Bolsonaro gestimmt haben, werden nicht verschwinden. Das ist nur zu wahr, aber was dies bedeutet ist unklarer, als es auf den ersten Blick erscheint. Wie viele diese Wähler*innen gehören zu einem harten ideologischen Kern? Niemand weiß dies im Augenblick zu sagen. Erste Absatzbewegungen aus dem Lager Bolsonaros sind bereits zu erkennen. So erblickte der Führer

der Igreja Universal, einer der größten evangelikalischen Gruppen in Brasilien und Unterstützervon Bolsonaro, Edir Macedo, plötzlich im Wahlsieg Lulas nicht nur ein Votum der Mehrheit, sondern gar „den Willen Gottes“. Im Bundesstaat São Paulo hingegen ist mit dem Ex-Infrastrukturminister Bolsonaros, Tarcísio de Freitas, ein neues Schwergewicht in die brasilianische Politik eingetreten. Er könnte als Gouverneur das Erbe Bolsonaros antreten. Tarcísio de Freitas hat sich inzwischen von den ideologischen Radikalismen Bolsonaros entfernt und verkauft sich als pragmatischer Macher. Als Gouverneur von São Paulo verfügt er über einen größeren Haushalt als die meisten Staaten Südamerikas.

Bolsonaro bleibt mit seinen über 58 Millionen Stimmen ein immenser Faktor in der brasilianischen Politik. Die Resilienz von Trump sollte da eine Warnung sein. Aber das Weiterleben des Bolsonarismo ist nicht nur eine politische Frage. Seine ideologischen Grundpfeiler, wie die Verteidigung der traditionellen Familie als einzige anerkannte Lebensform, radikaler Anti-Feminismus, die militante Ablehnung der Abtreibung sowie die Rechtfertigung von Gewalt und Waffen, all dies ist nun tief in großen Teilen der brasilianischen Gesellschaft verankert. Dieser Teil der Gesellschaft hat sich nun in den sozialen Medien von der traditionellen Öffentlichkeit weitgehend abgekoppelt und sich in einem tiefen Hass auf alles angeblich

Linke verschanzt. Gerade diese Strömungen werden sich weiterhin eher durch Bolsonaro und seine engen Verbündeten, wie die nun als Senatorin gewählte Ex-Familienministerin Damares Alves, vertreten sehen als durch pragmatische Gouverneure.

Mit seiner antidemokratischen Politik und Rhetorik hat es Bolsonaro nicht nur geschafft, die Linke in Brasilien zu vereinigen, sondern auch ein Bündnis zwischen dem linken Lager und den Mitte-Rechts-Kräften in Brasilien zu ermöglichen. Das knappe Wahlergebnis zeigt, wie notwendig dieses Bündnis war und ist. Lula hat in seiner ersten Rede nach der Wahl daher auch zu Recht betont, dass er nicht als Präsident der Arbeiterpartei PT gewählt wurde, sondern als Kandidat dieses Bündnisses. Von seiner Regierung ist keine umfassende sozial-ökologische Transformation zu erwarten, sondern eine Rückkehr zur demokratischen Normalität. Eine Normalität, in der die Institutionen und Menschenrechte nicht mehr vom Präsidenten angegriffen werden. Wenn Lula es schafft, zwei Erwartungen zu erfüllen, wäre viel erreicht: die Beseitigung von Hunger und extremer Armut, sowie die Reduzierung der Entwaldung und somit das ins Zentrum der Politik rücken der Rechte der indigenen Bevölkerung und traditionellen Gemeinschaften.

Insbesondere letzteres wird nicht einfach sein: die Herausforderungen sind heute andere als vor zwanzig Jahren, als er seine erste Amtszeit antrat. Zu dem ganz bitteren Erbe der Regierung Bolsonaro gehört, dass sich im Schatten der law and order Rhetorik insbesondere in Amazonien das organisierte Verbrechen ausbreiten konnte und mit dem illegalen Goldbergbau und der Entwaldung verbandelt ist. „Heute gibt es 1.264 illegale Landebahnen (für Kleinflugzeuge) in Amazonien, als ich Ministerin war, waren es 86, und wir dachten das wären viele“, erklärte jüngst Marina Silva.

Um hier handlungsfähig zu werden, braucht Brasilien internationale Unterstützung. Auch die deutsche Regierung sollte sich zu schneller und unbürokratischer Hilfe bereit erklären.

Der Beitrag erschien zuerst auf der Webseite der Heinrich-Böll-Stiftung.

**Kann der Ausverkauf
Amazoniens gestoppt
werden?**



Von Brasilien nach Paraguay - Zellstoff-Industrie auf dem Vormarsch

Nach der Übernahme riesiger Landstriche in ganz Südamerika expandiert die Zellstoff- und Papierindustrie nun nach Paraguay. Hier soll eine neue Zellstoff-Fabrik errichtet und die Trockenwälder des Gran Chaco in Eukalyptus-Plantagen umgewandelt werden. Wie bei so vielen Zellstoffprojekten, die das Environmental Paper Network (EPN) gemeinsam mit ARA und weiteren Organisationen auf diesem Kontinent untersucht hat, sind die sozialen und ökologischen Probleme enorm.

Der artenreiche Trockenwald des Gran Chaco droht in Eukalyptus-Plantagen umgewandelt zu werden.

Es war im März 2021, als eine Gruppe von Beamten aus der Stadt im Dorf Bella Vista (Amabay, Paraguay) ankam, wo die indigene Gemeinschaft Arroyo Ka'a lebt. Pedro (Name geändert) erinnert sich gut: „Sie baten darum, so schnell wie möglich Leute aus der Gemeinde zu versammeln“. Unter ihnen war auch ein Vertreter der staatlichen Indigenen-Behörde (Instituto Paraguayo del Indigena – INDI), der sich nach Angaben von Indigenen sehr arrogant verhalten habe. „Sie verlangten zum Beispiel nach Ausweisdokumenten der Personen, ohne zu erklären, warum“.

Die Gemeinde erfuhr nicht, dass hier ein neues industrielles Großprojekt vorbereitet wird. Paracel, ein Joint Venture zwischen einer paraguayischen Ölfirma und europäischen Unternehmen, plant den Bau einer Fabrik, die ab 2026 bis zu 1,8 Millionen Tonnen Zellstoff im Jahr produzieren soll. Den notwendigen Rohstoff werden 185.000 Hektar Eukalyptus-Plantagen liefern, die im Umkreis von 130 km zur Fabrik entstehen sollen.

Großprojekte ohne Zustimmung von Betroffenen

Ohne über diese Pläne zu informieren, stellten die Beamten nur ein neues Projekt zum Pflanzen von Eukalyptusbäumen vor und sprachen über Beschäftigungsmöglichkeiten und Entwicklungsprojekte. Auch auf die möglichen Auswirkungen, die das geplante Projekt auf die Umwelt und die lokalen Gemeinschaften haben würde, gingen sie nicht ein. Stattdessen forderten sie die örtlichen Gemeindevertreter ohne weitere Erklärungen auf, einige Dokumente zu unterschreiben. „Sie haben sich seltsam verhalten“, sagte Pedro. Die Gemeinde war verwirrt von der Arroganz der Beamten. Sie misstraute ihnen und verweigerte die Zustimmung. Die Beamten kamen zweimal zurück, aber die Gemeinde behielt ihre ablehnende Position.

Anstatt nach Lösungen zu suchen, strich Paracel die Gemeinde Arroyo Ka'a von der Liste der potenziell von dem Projekt betroffenen indigenen Gemeinschaften. Das kann gravierende Auswirkungen haben, da Paraguay von langjährigen Konflikten um traditionelles indigenes Land geprägt ist. Dies kann zu einem Problem für Paracel werden, denn das Unternehmen hat bei zwei amerikanischen Entwicklungsbanken Kredite in Höhe von 400 Millionen Dollar beantragt. Beide Institutionen verlangen offene Informationen und eine ordnungsgemäße



Beteiligung aller von dem Vorhaben betroffenen lokalen Gemeinschaften. Aber anstatt zu verhandeln und umfassend zu informieren, wurde die Gemeinschaft, die ihre Zustimmung verweigerte, aus den Konsultationen gestrichen.

Projekt trotz schwerwiegendster Folgen?

Die Arroyo Ka'a ahnten, dass das Vorhaben schwerwiegende Auswirkungen auf die Region haben würde. Untersuchungen von Umweltverbänden zeigen, dass mit dem Zellstoffwerk der Druck auf die verbliebenen Waldflächen der Region steigt und damit die biologische Vielfalt in den Departments Concepción und Amambay stark beeinträchtigt wird. Denn es ist zu erwarten, dass die Fläche der Eukalyptus-Plantagen noch deutlich erweitert werden muss, wenn das Zellstoffwerk mit voller Kapazität betrieben wird.

Die Plantagen werden auch die Wasserversorgung stark beeinträchtigen, da die Eukalyptusbäume den größten Teil des verfügbaren Wassers verbrauchen werden – jeder einzelne Baum benötigt bis zu 30 Liter Wasser pro Tag. Das ohnehin unter Wassermangel leidende Gebiet würde weiter austrocknen. Das gefährdet das Überleben der verbleibenden Wälder ebenso wie die kleinbäuerliche Landwirtschaft vor Ort, die auf Systemen von lokalen Brunnen beruht. Die Dürre würde wahrscheinlich auch zu ausgedehnten Waldbränden führen, wie dies bereits in anderen von Eukalyptus geprägten Regionen (Chile, Portugal) der Fall ist.

Hinzu kämen weitere Gefahren für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen, denn die mit Chlordioxid, Schwefelsäure und chlorierten organischen Verbindungen verunreinigten Abwässer des Werks würden etwa 20 Kilometer stromaufwärts der Trinkwasserversorgung der Stadt Concepción in den Paraguay-Fluss geleitet. Ganz zu schweigen von den sozialen Auswirkungen in dem Einzugsgebiet von Paracel, wo mindestens neun indigene Gemeinschaften der ethnischen Gruppen Pai Tavytera und Mbya Guarani leben, deren Lebensgrundlage durch das Projekt erheblich beeinträchtigt würde.

Investoren sollten um ihr Image fürchten

Mittlerweile häufen sich die Berichte über mangelhafte Beteiligungsprozesse. Weitere indigene Gruppen haben ihre Besorgnis über die ökologischen und sozialen Auswirkungen auf ihre Gemeinden und ihr Land geäußert. Viele befürchten auch einen erheblichen Land-

raub beim Aufbau neuer Eukalyptus-Plantagen.

Aus diesem Grund hat ein breites Bündnis von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen die am Projekt beteiligten Finanzinstitutionen nachdrücklich aufgefordert, ihre Unterstützung für das Projekt zurückzuziehen oder zumindest ihre Entscheidung über die Finanzierung zu verschieben, bis der Konsultationsprozess sowohl der potenziell betroffenen Gemeinden als auch der indigenen Gemeinschaften wiederholt worden ist. Vor der Vergabe von Geldern durch die Entwicklungsbanken muss auch eine umfassende Analyse der langfristigen Auswirkungen der Plantagen auf die Wasserressourcen, die lokale Landwirtschaft und Lebensräume durchgeführt werden. Außerdem müssen die Auswirkungen von Werksabwässern auf das Trinkwasser ebenso untersucht werden, wie der Einsatz von Agrochemikalien in den Plantagen.

Ausbeutung unter dem Decknamen des Klimaschutz

Landraub und Rohstoffexporte sind in Lateinamerika nicht neu, wo die Wirtschaft seit Jahrhunderten auf Güter wie Zinn, Kupfer, Kautschuk oder Holz ausgerichtet ist. Aber dies ist nicht mehr dieselbe alte Geschichte, denn jetzt ist es nicht mehr nur privates Geld, das private Gewinne sichert. Die rasante Ausbreitung von Monokulturen in Paraguay wurde auch durch den Green Climate Fund (GCF) gefördert, dem Finanzierungsmechanismus der UN-Klimarahmenkonvention. Über 100 Millionen Dollar hat der GCF bereits in Projekte in Paraguay investiert, unter anderem für die Ausweitung von Plantagen. Die traurige Wahrheit ist, dass die öffentliche Finanzierung derartiger Projekte oft zu Enteignung führt und die Armut indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in Ländern wie Paraguay verstärkt.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die großen Beitragszahler des GCF, darunter die deutsche Regierung, einschreiten und sicherstellen, dass der Fehler, im Namen des Klimaschutzes in Baumplantagen zu investieren, nicht immer wieder gemacht wird. Mit seinem Sitz im GCF-Verwaltungsrat hat Deutschland die Möglichkeit, die Richtung der internationalen Klimafinanzierung zu beeinflussen und dafür zu sorgen, dass die finanzierten Projekte auch wirklich zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen.



Fördermitgliedschaft

Ich möchte die Arbeit von ARA regelmäßig unterstützen.

Dafür erteile ich ARA diese Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Ich zahle: monatlich 1/4 jährlich jährlich

30 Euro 60 Euro 120 Euro Euro

ab Monat Jahr

IBAN

BIC

Datum / Unterschrift

Projekt-Partnerschaft

Ich möchte das folgende Projekt von ARA regelmäßig unterstützen:

Dafür erteile ich ARA diese Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Ich zahle: monatlich 1/4 jährlich jährlich

30 Euro 60 Euro 120 Euro Euro

ab Monat Jahr

IBAN

BIC

Datum / Unterschrift

<input type="text"/>
Vorname, Name
<input type="text"/>
Straße und Hausnummer
<input type="text"/>
PLZ und Ort
<input type="text"/>
E-mail
<input type="text"/>

Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V.

August Bebel Str. 16 - 18
33602 Bielefeld

Tel. 0521 - 6 59 43
Fax 0321 - 213 140 96

Email: ara@araonline.de
Internet: www.araonline.de

Spendenkonto

bei der Sparkasse Bielefeld
IBAN DE63 4805 0161 0072 217 300
BIC SPBIDE33XXX

Impressum:

Redaktion:
Wolfgang Kuhlmann, Monika Nolle

Titel:

Treffen der Frauenorganisationen von Nyekweri
Kimintet - Foto Wolfgang Kuhlmann

Bilder: S. 3-5 Wolfgang Kuhlmann, S. 6,7 Oliver
Kornblihtt / Mídia NINJA, S. 8 Pedro Saldanha
Werneck / Mídia NINJA, S. 9 Katie Mähler / Mídia
NINJA, S. 10 Ilosuna

Das ARA Magazin erscheint jährlich.
Mitglieder und Förderer von ARA erhalten es
kostenlos.

gedruckt auf 100% Recyclingpapier